



# Arsprototo

Das Magazin der  
Kulturstiftung der Länder  
1/2025

## Sammlungen

# Moralische Anstalt 4.0?

**Wie das Paradigma der sozialen Gerechtigkeit den Auftrag der Museen neu definiert  
von Thomas Thiemeyer**

## Thema Sammlungen

Das Museum ist aus dem Wunsch erwachsen, mit Hilfe von Dingen Erkenntnis zu stiften und der Selbstdarstellung ihrer Gründer und Träger zu dienen. Dieser Idee verschrieben sich schon seine Vorläufer, die Kunst- und Wunderkammern der Renaissance von Adel, Klerus und Gelehrten. Bis heute ist das Museum untrennbar mit der Idee verknüpft, ein Haus zu sein, das Macht legitimiert und Wissen über die Welt vermittelt, indem es Dinge sammelt, die es im Raum ordnet und mit einer Botschaft versieht.

Seltsamerweise galt das Sammeln (und Bewahren) in diesem Zusammenhang als vergleichsweise unproblematische, meist auf Klassifizierung und Einordnung der Gegenstände gerichtete Praxis. Die großen öffentlichen Kontroversen jedenfalls, die den politischen Einfluss des Museums thematisierten, entwickelten sich an den Narrativen der Ausstellungen, aber kaum je an der subtilen Epistemik oder an der Provenienz der Bestände. Das hat sich in den letzten Jahren gründlich geändert.

An den Sammlungen zeigen sich wie nirgends sonst die großen Umbrüche, die in den Museen aktuell zu beobachten sind. Sie lassen sich in zwei Fragen bündeln: Wird sich das Museum der Zukunft noch als Ort verstehen, der sich primär über das Sammeln und Bewahren der Dinge definiert? Und gilt sein Versprechen, ein Ort zu sein, der für immer sichert, was er sich einmal einverleibt hat, tatsächlich noch für die Ewigkeit? Die Zeichen mehren sich, dass dieses vererbte Selbstverständnis zur Disposition steht.

Die Imperative des klassischen Museumsverständnisses bildeten sich in den zerstörerischen Wellen der Französischen Revolution heraus, als marodierende Horden Denkmäler stürzten, Archive brandschatzten und Paläste und Kirchen plünderten, auf dass nichts mehr an die alte Herrschaft erinnern möge. Den Bilderstürmern folgten die Museumsgründer: Der Nationalkonvent fürchtete den totalen Erinnerungsverlust der Nation und versuchte, die bedeutendsten Zeugnisse zu retten. 1790 setzte er eine Kommission ein, die all jene Dinge als schutzwürdig einstufen sollte, die dem künftigen neuen Staat wichtige politische Symbole liefern könnten. Die Prunkstücke des Ancien Régime sollten ihre verführerische Wirkung für die aufklärerischen und revolutionären Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entfalten. So entstand die moderne Idee des Patrimoine. Dieses Kulturerbe zu schützen und auszustellen entwickelte sich von da an zum wichtigsten Argument für den gesellschaftlichen Wert und Auftrag des Museums. Es ist das Zentrum, um das sich im Museum alles dreht.

Oder besser gesagt, drehte. Denn ein neues Paradigma etabliert sich im Feld der Museen, ja der Kulturinstitutionen insgesamt: das Paradigma der sozialen Gerechtigkeit. Als neues Denkmuster macht es die alten Pflichten nicht hinfällig, aber es rückt sie in eine andere Perspektive und verschiebt die Priorität

ten. Waren Theater, Bibliotheken oder Museen lange der Meinung, dass sie ganz im Dienst der Kunst oder des Kulturerbes agierten und sich an den Maßstäben der (früher einmal autonomen, also als unpolitisch geltenden) Ästhetik oder der Sammlungen auszurichten hätten, erleben sie seit einiger Zeit, dass Ästhetik und Sammlungen im Dienste der Menschenrechte, des Minderheiten- und Umweltschutzes oder des Abbaus sozialer Ungleichheiten stehen sollen.

Nun war Kulturarbeit seit jeher politisch und idealistisch, und immer wieder arbeiteten sich Kritiker an den staatlichen Kulturinstitutionen ab. Das neue Paradigma aber setzt grundsätzlicher an als frühere Kritiken. Es entzieht den etablierten Kulturinstitutionen das Grundvertrauen, das ihnen bislang entgegengebracht wurde. Es fordert von ihnen eine machtkritische Haltung sich selbst gegenüber und eine neue Sensibilität für institutionell verankerte Diskriminierungen und die Folgen, die ihre Arbeit für künftige Generationen zeitigt. Diese Forderungen kamen anfangs von außen, haben sich inzwischen aber in das Selbstverständnis vieler Kulturinstitutionen eingeschrieben.

Anders als noch in den 1970er-Jahren, als die Idee einer sozial gerechten Gesellschaft vor allem mit Blick auf ökonomische Ungleichheit und Bildungsferne – also entlang von „Klasse“ – verhandelt wurde, steht die heutige Diskussion im Zeichen von „kultureller“ Diversität und Identität. Ihre Differenzkategorien sind Geschlecht, „Rasse“, ethnische Herkunft, Religion, körperliche Beeinträchtigung, Alter und sexuelle Orientierung. „Der Diversitätsdiskurs reflektiert in diesem Zusammenhang die sukzessive Ausweitung der Menschenrechte auf immer mehr als vulnerabel definierte Gruppen, die unter besonderen Schutz gestellt werden“, schreibt der Tübinger Migrationsforscher Boris Nieswand. Hinzu kommt eine neue Kultur der Achtsamkeit, die Museumsarbeit mit Konzepten wie „care“ oder „mentaler Gesundheit“ zu verbinden sucht und verletzte Gefühle in Rechnung stellt.

Der Zusammenhang von Diversitätspolitik, die sich in einer ganzen Reihe von Antidiskriminierungsmaßnahmen in Unternehmen und Institutionen niedergeschlagen hat (die in den USA aktuell politisch stark angegriffen werden), und Menschenrechten erklärt auch den moralischen Ton der Diskussion: Denn „Menschenrechte sind moralisch begründete Rechte“, wie der Philosoph Albrecht Wellmer schreibt, „deren Anerkennung die Anerkennung eines moralisch begründeten Anspruchs ist, den Menschen als Menschen gegenüber anderen menschlichen Wesen und daher auch gegenüber staatlichen Institutionen haben.“

Der internationale Menschenrechtsdiskurs bildet also den Referenzrahmen des Paradigmas der sozialen Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert. Im Kern geht es darum, den Grundsatz, dass „jeder Mensch gleich an Rechten“ sei, für alle Menschen weltweit auch wirklich eingelöst zu sehen: für Menschen anderer



Ausstellung „Weltwissen – 300 Jahre Wissenschaften in Berlin“, Installation von Mark Dion, 2011; Martin-Gropius-Bau, Berlin





## An den Sammlungen zeigen sich wie nirgends sonst die großen Umbrüche, die in den Museen aktuell zu beobachten sind

Herkünfte, Hautfarben oder mit körperlicher Beeinträchtigung, für Frauen und für LGBTQ+. Allerdings bezweifeln etliche seiner Verfechter, dass Gleichberechtigung für diese Gruppen im Rahmen der bestehenden Ordnung zu haben ist, weshalb sie die Institutionen mit Fragen der Repräsentation und Verfügungsgewalt konfrontieren: Wer spricht hier eigentlich für wen und in wessen Namen? Welches Wissen entsteht dabei oder wird stillschweigend vorausgesetzt? Wer definiert die Wertmaßstäbe? Und wer bleibt bei all dem außen vor oder kommt schlecht weg? Solche Fragen zielen nicht nur auf gleiche individuelle Rechte für jeden („equality“), sondern darauf, die grundlegenden Regeln des Kulturbetriebs an den Bedürfnissen und Kriterien bisher ausgegrenzter oder benachteiligter Gruppen neu auszurichten, damit diesen dieselben Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe zuteil werden wie den Normgruppen („equity“).

Auf großer Bühne verhandelt das neue Paradigma in den letzten Jahren vor allem das International Council of Museums (ICOM). 2019 drohte dieser Weltverband aller Museen an der Frage zu zerbrechen, was wohl ein Museum sein könnte, weil ein Definitionsvorschlag zur Abstimmung stand, der ganz der Idee der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet war. In ihm war viel von „Communities“, die teilhaben sollten, und „Vielfalt“, die zu schützen sei, die Rede, von „vieltimmigen Erinnerungen“, „gleichen Rechten an und gleichem Zugang zu Kulturerbe für alle Menschen“, „Partizipation“ und „Transparenz“. Museen, so lautete die programmatische Schlussformel, „zielen darauf, zu Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit, globaler Gleichheit und planetarem Wohlergehen beizutragen“. Hinter den sozialen Zielen kam das Kulturerbe im Text nur noch als Randnotiz vor. Der Definitionsvorschlag fiel bei den Mitgliedern 2019 durch, und der Streit, der diverse Rücktritte verursachte, beruhigte sich erst, als 2022 eine Kompromissformel für eine neue Museumsdefinition gefunden worden war, die die alte Selbstbeschreibung nur behutsam ergänzte.

Aktuell entwickelt ICOM einen neuen Ethikkodex für Museen, den die Mitglieder bei der nächsten Generalkonferenz im November 2025 in Dubai beschließen sollen. Gerade wird er in verschiedenen Beteiligungsrunden fertiggestellt. Mit ihm geht die Debatte in die nächste Runde. Der Kodex ist um fünf Grundprinzipien herum organisiert, die laut ICOM nicht hierarchisch sortiert seien. Nervös machte einige aber, dass ausgerechnet das erste Prinzip, auf dem alles Weitere aufbaut, „Museums service Society“ heißen soll (Stand April 2025). Im bislang gültigen Ethikkodex von 2004 stand an dieser exponierten Stelle noch „Museen bewahren, zeigen, vermitteln und fördern das Verständnis für das Natur- und Kulturerbe der Menschheit“. Im neuen Vorschlag sollen Museen jetzt zuerst als „zugängliche und inklusive Institutionen“ gerahmt werden, die sich ganz in den Dienst von

diversen gesellschaftlichen Gruppen, Menschenrechten, Frieden und sozialer Gerechtigkeit stellen, die Sorgearbeit („care“) für die Erinnerungskultur leisten, Vielfalt und Teilhabe fördern und nachhaltig sind. Dass ICOM zeitgleich eine neue Arbeitsgruppe für Dekolonisierung und zwei neue Komitees für Social Museology und Nachhaltigkeit aufbaut, spiegelt diese Verschiebungen auch institutionell.

Nun sind das alle Werte, die jede Unterstützung verdienen. Sie wollen Solidarität mit den Schwachen und Diskriminierten dieser Welt und fordern von Kulturinstitutionen eine aktive Parteilnahme für Werte wie Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und wachsende Diskriminierungssensibilität. In Zeiten, in denen der Rechtspopulismus offensiv gegen diese Vorstellungen zu Felde zieht und die guten Sitten verrohen, ist das wichtiger denn je.

Allerdings sind die konkreten Werte, für die hier gestritten wird, nur Symptome eines größeren „Kulturkampfes“, der in den USA schon eine ganze Weile ausgetragen wird und den die US-Regierung gerade besonders aggressiv anheizt. Ihr gelten Werte wie Diversität oder Egalität als Ausweis einer bestimmten Weltanschauung, die sie „(links-)liberal“ oder „woke“ nennt und gegen die sie im Namen der Freiheit antritt. Kulturinstitutionen bringt diese Polarisierung in eine zunehmend schwierige Lage, weil sie zwischen die Fronten geraten und sich positionieren sollen/müssen.

Während die eine Seite also versucht, einen liberalen Konsens aufzukündigen und sich von lästigen Egalitätsforderungen (und damit der Preisgabe eigener Privilegien) zu befreien, bedrängt der internationale Aktivismus die Institutionen von der anderen Seite. Auch er arbeitet polarisierend und erwartet von Museen und anderen Kulturinstitutionen, dass sie sich aktiv in den Dienst von Diversität, Nachhaltigkeit und Minderheitenrechten stellen. Derlei Positionierung ist in den liberalen Wohlfahrtsstaaten mit eher beruhigten Verteilungskämpfen in der Regel nicht weiter der Rede wert, zumindest dann, wenn es um Gruppen oder Ziele geht, deren Anerkennung weithin akzeptiert wird und die Mittel, um sie zu erreichen, moderat bleiben. Wie gesagt, in vielen der hiesigen Kulturinstitutionen sind ethnische, soziale oder sexuelle Vielfalt inzwischen anerkannte Formen gesellschaftlicher Diversität und werden in der

täglichen Arbeit mitgedacht. Wie leicht ein solches Einvernehmen aber kippen kann, zeigen die USA, wo die Trump-Regierung unter anderem das aktive Eintreten für trans Personen und Bildungsverlierer bekämpft. Gleiches gilt für die Anerkennung des menschengemachten Klimawandels, der jenseits des Atlantiks zu einer Glaubens- und Bekenntnisfrage geworden ist, die die Lager spaltet.

Vor dem Hintergrund solcher Gegensätze leitet den Kulturaktivismus ein prinzipiell anderes Verständnis von Gesellschaften, die ihm als grundlegend divers und nicht als homogen gelten. Damit betont er die Unterschiede einer Vielzahl kleinerer Gruppen innerhalb von Staaten. In solchen Gesellschaften dominiert der Konflikt das Zusammenleben, nicht der Konsens. Wer so denkt, will wissen, welche Gruppen auf Kosten welcher anderer (marginalisierter) Gruppen ihre Interessen durchsetzen können. Das Paradigma der sozialen Gerechtigkeit schult also den Blick für ungleiche Machtverhältnisse und für Gegensätze. Kulturinstitutionen gelten in diesem Spiel nicht länger als gleichsam neutrale Akteurinnen, die außerhalb der Machtkämpfe stehen. Sie sind Beteiligte, und zwar auf Seiten der Dominanzkultur, die sie nährt und unterhält. Das macht sie verdächtig.

Für das Museum kommt erschwerend hinzu, dass es nicht frei von Erbsünde ist. Seine ältesten und prächtigsten Exemplare, die großen National- und selbst ernannten „Universalismuseen“ wie der Louvre oder das British Museum, sind kellerief in historische Unrechtskontexte verstrickt. In ihren Depots horten sie einiges an Raubgut aus der Kolonialzeit, was auch (aber bei weitem nicht nur) für ihre deutschen Pendanten gilt, wo zudem NS-Raubkunst ein fröhliches Weiterleben führt. Als diese Museen ihren Auftrag allein aus dem Schutz- und Sammlungsgedanken ableiteten, waren sie immun gegen Attacken von außen, solange die Dinge bei ihnen die große Bühne bekamen und sicher waren. Mochten die Länder der damals noch so geheißenen „Dritten Welt“ oder Nachfahren von als Juden verfolgter Sammlerinnen und Sammler auch noch so oft um Rückgaben ersuchen – ein Ignorieren dieser Bitten schadete dem Image der Institutionen nicht. In dem Moment aber, als sich das Paradigma der sozialen Gerechtigkeit durchsetzte, änderte sich das. Aus einem Akt der (kaum je gewährten) Gnade, Objekte aus Unrechtskontexten zurückzugeben, wurde jetzt ein ethischer Imperativ.

Rückgaben freilich sind nur eine Facette einer umfassenden Kulturrevolution, die sich in einer ganzen Reihe veränderter Praktiken zeigt. Die Museumsethikerin Janet Marstine von der School of Museum Studies in Leicester etwa benennt drei Ansätze, mit denen Museen ihrer „moral agency“ gerecht werden müssten: soziale Inklusion, radikale Transparenz und geteilte Kontrolle über die Sammlungen („shared guardianship“). Konkret heißt das erstens: mehr Teilhabe, Sichtbarkeit und Mitsprache von (rand-

ständigen) zivilgesellschaftlichen Gruppen bei Ausstellungen, Vermittlungsprogrammen und Sammlungsarbeit, weshalb Beteiligungsprojekte, Bürgerräte und Prozesse der „Ko-Kuration“ und des „Co-Collecting“ heute als Ausweis avancierter Museumspraxis gelten. Zweitens heißt das, die Kriterien offenzulegen, nach denen gesammelt und sortiert, kassiert und restauriert wird, weshalb immer mehr Museen (erstmalig) Sammlungskonzepte festschreiben und Inventare öffentlich machen. Drittens geht es um eine geteilte Fürsorge für die Dinge mit Menschen von außerhalb der Institution, was die Rolle der angestammten Experten, der Kustoden und Sammlungsleiter, neu definiert.

Vorbei die Zeiten, als Kulturinstitutionen allein als Orte der ästhetischen und intellektuellen Daseinsfürsorge und kulturellen Bildung eine im Kern nicht angezweifelte Instanz waren, die in Deutschland immer auch mit reichlich idealistischem Pathos den Ruf als „moralische Anstalten“ (Friedrich Schiller) genossen. Genau dieses moralische Surplus fordert das Paradigma der sozialen Gerechtigkeit jetzt heraus, weil es die Institutionen nicht mehr allein an der Elle ihrer eigenen institutionellen Logiken misst – bei den Museen etwa die Qualität der Sammlung, die konservatorischen Standards und die Quoten der Ausstellungen –, sondern an ihrem Beitrag zu gesellschaftlichem Ausgleich und „Zusammenhalt“.

Dass sich das neue Paradigma, das die Museumstheorie seit gut 30 Jahren ausbuchstabiert, erst jetzt zu voller Blüte entfaltet und zum Beispiel ICOM-fähig wird, hat wohl mit der Latenz von schwerfälligen Institutionen zu tun. Ganz sicher ist es Resultat eines Generationenwechsels in diesen und folgt der Diversifizierung der Museumsberufe: Kulturvermittlung oder Museumspädagogik messen den Auftrag eines Museums oft an anderen Maßstäben als Sammlungsleiterinnen und Kuratoren. Es hat aber vor allem mit der neuen Plausibilität aktivistischer Argumente zu tun in einer Zeit, die Gesellschaften als zunehmend „gespalten“ beschreibt, weil ihnen die „gesellschaftliche Mitte“ abhanden zu kommen droht und in der (Rechts-)Populisten und Libertäre ihr Unwesen treiben. Eine Zeit auch, in der Ausbeutung (prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse) und Ausgrenzung (Migration) die großen Themen der öffentlichen Debatte sind, die den Blick für strukturellen Rassismus, Sexismus und alle möglichen anderen Formen der Diskriminierung geschärft haben.

Wo Strukturen als Ursachen für Ungerechtigkeiten in den Blick geraten, formiert sich nicht nur (aktivistischer) Widerstand. Es richten sich auch die Augen auf all jene, die von den bestehenden Strukturen profitieren und diese vermeintlich fortsetzen. Diesen Blicken kann man sich nicht entziehen. Man kann wegsehen, den Blicken standhalten oder selbstkritisch zurückblicken. Letzteres machen immer mehr Kulturinstitutionen. ■